



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

20. September 2017

24.9.: LINKE Ziele +++ Verkehrsnachrichten +++ G2-Sonderausschuss +++ Abschiebungspolitik +++ Marx in Hamburg

Liebe Leserinnen und Leser,



Gegen die AfD auf der Straße: am 9.9. in Hamburg (Foto: Christiane Schneider)

nach dem Ende der Schulferien hat auch die Hamburgische Bürgerschaft ihren »Betrieb« wieder aufgenommen.

Mit den Ereignissen rund um den G20-Gipfel haben wir uns bereits in der August-Nummer beschäftigt. Entgegen der Forderung der Linksfraktion, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zwecks Aufarbeitung **aller** Aspekte und Geschehnisse einzurichten, haben sich die anderen Fraktionen in der Bürgerschaft lediglich auf einen Sonderausschuss (mit minderen Rechten) verständigt. Vor allem macht der Name dieses Ausschusses deutlich, wohin die Reise geht: »Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg«. Polizeigewalt, die es laut Erstem Bürgermeister ja nicht gegeben hat, wird also nur schwerlich und nur durch den Einsatz der Linksfraktion im Parlament und außerparlamentarischen Initiativen in den Fokus zu rücken sein. Mehr dazu in diesem BürgerInnenbrief.

In diesen Tagen tritt alles hinter der unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl am kommenden Sonntag, den 24. September, zurück. Wir haben diesen »BürgerInnenbrief« auch schwerpunktmäßig dazu, d.h. insbesondere zu den Vorstellungen und Forderungen der LINKEN, gestaltet. Alle paar Jahre muss das drin sein. Schließlich wünschen wir uns, dass von der Bundesebene endlich andere, neue Signale ausgehen, bei der Sozialpolitik, im sozialen Wohnungsbau, der Demokratisierung der Gesellschaft usw. Doch allzu optimistisch kann mensch zurzeit wohl nicht sein.

Nichtsdestoweniger bzw. gerade deswegen empfehlen wir die Wahl der LINKEN, um wenigstens die »Stimme der Anderen« weiter zu stärken.

Beste Grüße von den Herausgeberinnen
und der Redaktion

Dicht bei den Leuten

Volker Ludwig über die Plakatkampagne der LINKEN zur Bundestagswahl 2017



Die Plakate der LINKEN zur diesjährigen Bundestagswahl gefallen uns so ausnehmend gut, dass wir uns entschlossen haben, sie in diesem »BürgerInnenbrief« wiederzugeben. Darüber hinaus nehmen wir den nachfolgenden Artikel von Volker Ludwig aus der Augustausgabe der »DISPUT«, des Mitgliedermagazins der LINKEN, auf, um ein paar Hintergründe hinsichtlich der Plakatauswahl zu verdeutlichen.

Große Worte, klarer Ton: Mit dieser Plakatlinie präsentiert sich DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017. Acht Schwerpunkte finden sich auf den thematischen Plakaten wieder – allesamt Dauerbrenner der gesellschaftlichen Agenda, allesamt Forderungen, die sich auch in der politischen DNA der LINKEN finden. Nichts Neues, könnte man/frau meinen. Doch angesichts einer immer unsicherer, weil ungerechter werdenden Welt sind diese Forderungen aktueller denn je. Und vernünftig sind sie sowieso. Wer, wenn nicht DIE LINKE, sollte denn auch die Interessen derjenigen artikulieren, die sonst kein Gehör finden?

Reizworte, groß und farbig, bestimmen die Plakate. Sie sind der erste Hingucker. Sie drücken einfache Wünsche aus

und sprechen Gefühle an – Mensch sein, Nähe, ein Zuhause, glückliche Kinder. Mit den Worten dicht bei den Leuten, werden die Stimmungen im Land aufgenommen und gespiegelt: »Wir wissen, wo euch in unsicheren Zeiten der Schuh drückt, und ihr wisst, dass wir eure Sorgen, eure Sehnsucht kennen.« Das ist die erste Brücke in der Kommunikation. So kann eine Beziehung entstehen, deren Schwingungen sich im besten Fall gegenseitig verstärken.

Dazu kommen die Forderungen, eindeutig und unverstellt. Die Botschaft indessen ist klar und findet sich zusammengefasst auf der ersten Großfläche. Es darf kein »Weiter so« in der deutschen Politik geben. DIE LINKE bestätigt all jene in ihrem Zweifel, die fürchten, mit ihrer Stimme für irgendeine der anderen Parteien statt Verbesserungen doch wieder nur eine Regierung unter Führung der CDU zu bewirken.

Als erste Partei verfremdet DIE LINKE ihre eigenen Plakate selbst und liefert eine weitere Botschaft als Wahlempfehlung gleich mit. Denn Lust ist ein Gefühl, das im politischen Betrieb viel zu oft fehlt. Mitmachen und Weiterdenken ausdrücklich erwünscht.



Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle

Die Anliegen der LINKEN im Kurzwahlprogramm



Berliner GenossInnen mit LINKEN Zielen (Foto: www.die-linke.de/wahlen/positionen/)

Und wenn wir schon nicht das ganze Programm der LINKEN zur Bundestagswahl am 24. September berücksichtigen können (das sich übrigens hier findet: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/>), so können wir doch über das so genannte Kurzwahlprogramm wenigstens die wichtigsten Wahlaussagen dokumentieren. Und los geht's.

1. Respekt und gute Arbeit.

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn es um Respekt und gute Arbeit geht. Wir wollen sichere Jobs mit höheren Löhnen. Das macht das Leben planbar. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro die Stunde angehoben werden. Nur so werden die Beschäftigten auch sicher vor Armut im Alter geschützt. Tarifverträge und Gewerkschaften wollen wir stärken.

2. Die Arbeit muss um das Leben kreisen, nicht das Leben um die Arbeit.

Wir machen Schluss mit Leiharbeit und dem Missbrauch von Werkverträgen. Statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeit schaffen wir gute Arbeitsplätze, die unbefristet sind und nach Tarif bezahlt werden. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen endlich den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Die Arbeit in sozialen Berufen muss deutlich besser bezahlt werden. Statt immer länger zu arbeiten, wollen wir ausreichend Zeit für Ruhe, Familie, Freizeit.

3. Keine Angst vor Altersarmut.

Die Renten müssen den Lebensstandard im Alter sichern. Dafür wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. Zeiten mit niedrigem Verdienst werden für die Rente stärker angerechnet. Das bedeutet z.B. für eine Verkäuferin monatlich 270 Euro mehr Rente. Und wir führen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro ein. Die Löhne und Renten sind im Osten immer noch niedriger als im Westen. Wir gleichen sie an.

4. Mindestsicherung ohne Sanktionen!

Das Hartz-IV-System hat viele Menschen in Armut geführt. Wir ersetzen es durch eine Mindestsicherung ohne Sanktionen! Wir fassen darin die Leistungen zusammen, die bisher einzeln beantragt werden müssen.

Das Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. Niemand darf weniger als 1.050 Euro monatlich zum Leben haben. Wir führen Sozialtarife ein für Strom, öffentlichen Nahverkehr und die Deutsche Bahn.

Das Kindergeld erhöhen wir sofort auf 328 Euro und schaffen dann eine Kindergrundsicherung.

5. Gerechte Steuern!

Für hohe Vermögen – über einer Million – werden wir endlich wieder eine Vermögensteuer einführen. Damit können wir die öffentlichen Angebote verbessern: Schulen und Kitas, sozialer Wohnungsbau, Internet, Krankenhäuser und öffentlicher Nah-

Was sagen die Parteien zur Mietenpolitik? Die Wahlprogramme im Schnellvergleich						
	DIE LINKE.	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	CDU CSU	Freie Demokraten FDP	Alternative für Deutschland
Sozialen Wohnungsbau nach 2019 fortführen	😊	😊	😐 Keine Angabe	😞	😞	😞
Neue Gemeinnützigkeit einführen	😊	😐	😊	😞	😞	😞
Mietpreisbremse ohne alle Ausnahmen	😊	😐	😐	😞	😞	😞
Auskunftspflicht über Vormiete	😊	😊	😊*	😐 Keine Angabe	😞	😞
Modernisierungumlage komplett abschaffen	😊	😞	😞	😞	😞	😞
Share Deals verbieten	😊	😐 Keine Angabe	😊*	😐 Keine Angabe	😐 Keine Angabe	😐 Keine Angabe
Bundesimmobilien nicht privatisieren	😊	😐	😊	😞	😞	😞
Konkrete Wohnungs- und Stadtentwicklungs-forderungen im Programm	62	14	21	9	6	8
Mieterinnen und Mieter würden DIE LINKE. wählen!						

* Nicht im Wahlprogramm, aber im Bundestag

www.caren-lay.de

Wenn das kein Argument ist! (Übersicht: Caren Lay)

verkehr. Das kommt allen zugute. Wenn alle genug beitragen, ist für alle gut gesorgt.

6. Wir senken die Steuern für Menschen mit durchschnittlichen und niedrigen Einkommen.

Wir erhöhen den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro. Alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden mit unserem Steuerplan entlastet. Wir gleichen das aus, indem wir hohe Einkommen stärker besteuern.

7. Keine Zwei-Klassen-Medizin

Statt langer Wartezeiten und Anfahrtswege machen wir eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Das ist bezahlbar, wenn alle beitragen: In unsere solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle ein und alle werden gleichermaßen gut versorgt – und wir senken die Beiträge auf unter 12 Prozent. Niemand muss mehr für Brillen oder Zahnersatz zuzahlen. Unternehmen und Beschäftigte zahlen wieder zu gleichen Teilen ein.

Wir stellen 100 000 Pflegerinnen und Pfleger ein: Das ist gut für die Beschäftigten und gut für die Patientinnen und Patienten. Wir kämpfen um jedes Krankenhaus, das geschlossen oder privatisiert werden soll!

8. Wir sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar ist.

In vielen Städten sind die Mieten weiter gestiegen, immer mehr Menschen müssen ihre Nachbarschaft verlassen. Diese Verdrängung wollen wir stoppen. Die Mieten in angespannten Nachbarschaften werden eingefroren und gesenkt. Wir bauen mehr Wohnungen mit Sozialbindung, zusätzlich 250 000 im Jahr. Wir verbieten die Spekulation mit Wohnraum.

9. Mut zur Veränderung! Wir wollen die Europäische Union neu starten

Statt Vorfahrt für die Unternehmen und Banken wollen wir, dass die Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Erwerbslosigkeit in Europa und für soziale und ökologische Wirtschaft. Statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA brauchen wir einen fairen Handel und wirk-samen Klimaschutz. Wir machen die Europäische Union sozial, demokratisch und lebenswert für alle.

10. Wir stehen für den Frieden ein.

DIE LINKE hat immer fest gegen Krieg und Aufrüstung gestanden. Wir wollen die deutschen Soldaten aus dem Ausland abziehen.

Die Regierung plant, die Ausgaben fürs Militär zu verdoppeln. Wir wollen abrüsten statt aufrüsten. Das Geld wollen wir konkret einsetzen, um Schulen zu sanieren, Kitas auszubauen und kostenfrei zu machen. Waffenexporte – besonders in Krisengebiete – heizen die Kriege an und zwingen viele Menschen in die Flucht. Wir wollen Waffenexporte verbieten.



Sonntag, 24. September, ab 17.30 Uhr,
ClubHeim im Schanzepark, Sternschanze 4
Wahlparty der LINKEN
am Abend der Bundestagswahl

Falsche Richtung: HVV-Preise steigen wieder

Von Heike Sudmann



U-Bahn-Station Rödingsmarkt (Foto: M. Fisch)

Seit 2009 werden die Fahrpreise des Hamburger Verkehrsverbundes kontinuierlich erhöht. Schwarz-grün hat damals ein »Berechnungsmodell« eingeführt, das als scheinbar sachliche Begründung für die jährliche Erhöhung dienen soll. »Die Kostensteigerungen der Verkehrsunternehmen und die Entwicklung der Verbraucherpreise geben den Rahmen der Tarifsteigerung vor«, so steht es jedes Jahr in der Vorlage des Senats zu den Fahrpreiserhöhungen. Zusätzlich gibt es noch einen Aufschlag, damit die Defizite der Verkehrsunternehmen und somit die Zuschüsse der öffentlichen Hand geringer ausfallen. Ab 1. Januar 2018 sollen die Fahrpreise durchschnittlich um 1,2% teurer werden. Das sieht nach wenig aus, doch ein Blick auf die Entwicklung der Fahrpreise und der Einkommen seit 2009 zeigt ein anderes Bild (siehe Tabelle 1).

So stiegen die Fahrpreise des HVV zwischen 2009 und 2015 um 18%, die Regelsätze für Hartz IV dagegen lediglich um 11,5% und die Nettoeinkommen der Haushalte in Westdeutschland sogar nur um 11% (für 2016 liegen die Zahlen noch nicht vor). Aus Sicht der LINKEN muss der Senat endlich seiner sozialpolitischen Verpflichtung und der Daseinsvorsorge gerecht werden und die HVV-Preise senken. Hinzu kommt, dass die Leistung zwar teurer, aber nicht besser wird: In den Bussen und Bahnen wird es immer voller, obwohl die Preise steigen. Die Nutzer_innenzahlen sind wie o.a. gestiegen, das Angebot an Sitzplatzkilometern ist dagegen nur um sechs Prozent gewachsen (siehe Tabelle 2).

Angesichts der Verunsicherung und Empörung vieler Autofahrer_innen durch den (Diesel-)Abgasskandal könnte der

Tabelle 1: Entwicklung HVV-Preise im Vergleich zu Einkommensindikatoren

Jahr	HVV-Preise	Steigerung zum 1.1. des Jahres	ALG II (Stufe 1)	Steigerung in %	Netto-Einkommen ¹	Steigerung
2009	100,00		100,00		100,00	
2010	101,80	1,8	100,00	0,00	101,59	1,59
2011	105,06	3,2	101,39	1,39	103,87	2,24
2012	108,00	2,8	104,18	2,75	106,84	2,86
2013	111,78	3,5	106,41	2,14	nicht erh.	
2014	115,36	3,2	108,92	2,36	108,90	2,60
2015	118,36	2,6	111,15	2,05	111,00	1,93
2016	120,60	1,9	112,54	1,25		

¹ Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen, eigene Berechnung auf der Basis Statistisches Bundesamt, laufende Wirtschaftsrechnung
Quelle: Nicolai Meyer

Tabelle 2: Entwicklung HHV-Preise im Vergleich zum Angebot und den Fahrgastzahlen

Jahr	HHV-Preise	Steigerung zum 1.1. des Jahres	Angebot in Sitzplatzkilometern	Steigerung %	Fahrgastzahlen	Steigerung
2009	100,00		100,00		100,00	
2010	101,80	1,8	102,90	2,90	103,10	3,10
2011	105,06	3,2	99,09	-3,70	106,19	3,00
2012	108,00	2,8	99,59	0,50	109,27	2,90
2013	111,78	3,5	100,48	0,90	111,02	1,60
2014	115,36	3,2	100,69	0,20	112,46	1,30
2015	118,36	2,6	104,01	3,30	114,38	1,70
2016	120,60	1,9	106,30	2,20	117,35	2,60

Quelle: Nico Baumbach

Senat jetzt mit attraktiven und günstigen Angeboten mehr Menschen zum Umsteigen auf Bus und Bahn gewinnen. Doch diese Chance nutzt er nicht. Dabei wäre es für die Rot-Grünen, die Fahrverbote im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen Luftreinhaltung scheuen, doch nur ein fol-

gerichtiger Schritt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass weder umwelt- noch sozialpolitische Gründe den Senat dazu bewegen können, den HHV günstiger – und aus Sicht der LINKEN in Zukunft fahrscheinfrei – zu machen.

Gebührenabzocke – gegen Tempo 30

von Heike Sudmann



Foto: Mühlacke Tageblatt

Der rot-grüne Senat ist immer wieder für böse Überraschungen gut. Da gibt es in der Straßenverkehrsordnung einen Paragraphen (§ 45, Absatz 1, Satz 2, Nr. 3), der »zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen« Geschwindigkeitsreduzierungen oder Durchfahrverbote für bestimmte Straßen(abschnitte) erlaubt. Mithilfe des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) Hamburg haben mehr als 300 Hamburger_innen wegen Überschreitung der Lärm- und/oder Abgaswerte vor ihrer Haustür Tempo 30 beantragt. Monatelang rührte sich die Innenbehörde nicht. Doch mitten in den Sommerferien gab es auf einmal Post für die Antragsteller_innen. Wenn die Behörde den Antrag inhaltlich prüfen sollte, würden dafür bis zu 360 € Gebühren anfallen – pro Antrag, versteht sich! Als ich das las, traute ich meinen Augen nicht. Der Schutz der Wohnbevölkerung ist eine öffentliche Aufgabe. Schlimm genug, dass der Senat erst die Aufforderung betroffener Bürger_innen braucht, um tätig zu werden. Doch statt

für die Gesundheit zu sorgen, will der Senat die Bürger_innen abschrecken, indem er ihnen mit hohen Gebühren droht. In anderen Städten, z.B. in Berlin, werden bei der Antragsbearbeitung keinerlei Gebühren fällig. Das ist auch richtig so. Denn die Straßenverkehrsordnung sowie die damit verbundenen Regelungen, die in Hamburg wie in Berlin gelten, enthalten keine Gebührenpflicht.

Das scheint immerhin auch den Bürgerschaftsfraktionen von SPD und GRÜNEN klar zu sein. Während sonst Initiativen der LINKEN regelmäßig der Ablehnung anheim fallen, wurde unser Antrag (Drucksache 11/10225), keine Gebühren für die Bearbeitung der Tempo 30-Anträge zu erheben, erstmal im Verkehrsausschuss geparkt. Dadurch gewinnen die Regierungsfractionen Zeit, um gemeinsam mit dem Senat auf den richtigen Weg zurückzufinden. Und der kann nur heißen: Wer sich um seine Gesundheit sorgt und Tempo 30 beantragt, wird nicht mit Gebühren bestraft oder abgeschreckt!

Dem Senat die Meinung sagen!

Heike Sudmann über den Luftreinhalteplan für Hamburg



Die schlechte Luft in Hamburg ist nicht erst seit dem Dieselabgasskandal ein Thema. So werden die seit 2010 geltenden Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) dauerhaft überschritten. Der Senat hätte tätig werden müssen, doch er tat es nicht. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) Hamburg hat deshalb 2014 erfolgreich vor Gericht eine Fortschreibung des Luftreinhalteplans aus dem Jahr 2012 erstritten. Das Gericht hatte dem Senat eine Frist bis zum 30. Juni 2017 gesetzt. Und genau an diesem Tag, also auf den letzten Drücker, hat die rot-grüne Regierungskoalition die Fortschreibung des Plans beschlossen.

Wer sich den Plan genauer ansieht, wird an etlichen Stellen die Luft anhalten: So soll es noch bis zum Jahr 2025 dicht bewohnte Bereiche in Hamburg geben, in denen der gesetzliche vorgegebene Schutz der menschlichen Gesundheit nicht gewährleistet wird.

Wer Luft ablassen möchte, kann dieses im Verkehrsausschuss der Bürgerschaft tun. In einer sogenannten öffentlichen Anhörung kann jede_r Bürger_in (kritische) Stellungnahmen, Hinweise und Anregungen zum Luftreinhalteplan abgeben, und zwar am **Mittwoch, den 4. Oktober, um 17.00 Uhr** im Haus des Sports (Schäferkampsallee 1).

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Die Hans-Böckler-Stiftung hat jüngst eine wichtige **Studie** vorgelegt: **Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten**. Verfasst wurde das Papier von Henrik Lebuhn, Andrej Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel. Basierend auf den Erhebungen des Mikrozensus 2014 kommen die Autoren u.a. zu dem Ergebnis, das rund 80% der Bewohner_innen deutscher Großstädte (= 20,4 Mio.) mit angespannten Wohnungsmärkten konfrontiert sind. Was für ca. 40% der Haushalte in deutschen Großstädten konkret zur Folge hat, dass sie mehr als 30% für ihre Bruttokalt-Miete ausgeben müssen. Das Datenblatt zur Mietbelastungsquote in den 77 Großstädten gibt es hier: www.boeckler.de/pdf_fof/99313.pdf.

Zur Erinnerung: Auch die **Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft** gibt einen monatlichen **Newsletter** heraus: mit Terminen, Informationen, Dokumenten und politischen Initiativen rund um das Landesparlament. Wer daran interessiert ist, kann dies über die Webadresse www.linksfraktion-hamburg.de/themen/newsletter/ mitteilen.

Ebenfalls interessant ist der monatliche **Newsletter der Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS). Die September-Nummer hält z.B. umfangreiche Dossiers zu den Komplexen »Gesundheit und Pflege. Prekär und um-

kämpft«, »Wohnen muss nicht teuer sein« und »Neues auf marx200.org« bereit. Es lohnt sich in den Tiefen der RLS zu graben, handelt es sich bei dieser Einrichtung doch um nichts weniger als den Think Tank der LINKEN. Und hier lässt sich der Newsletter einsehen bzw. bestellen: www.rosalux.de/metanavigation/information/.



Nur noch **bis zum 29. September** kann die **Ausstellung Achtung! Zug fährt ab!** im Rathaus Altona (Platz der Republik 1, 1. Stock) bewundert werden. Das Stadtteilarchiv Ottensen hat beeindruckende Materialien zusammengetragen, um die **Geschichte des Eisenbahnknotens Altona** von den Anfängen bis heute zu veranschaulichen. **Arbeitsalltag – Nachbarschaft – Umbruch**, alles kann eingehend studiert werden. Die Öffnungszeiten sind montags bis donnerstags von 8.00 bis 18.00 Uhr, Freitag bis 16.00 Uhr.

Aktuelle Planungen am Wallringpark/Planten un Blumen stehen im Mittelpunkt einer Veranstaltung von BUND, Denkmalrat und weiteren Initiator_innen, die am **Mittwoch, den 20. September**, um 19.00 Uhr im großen Hörsaal des Museums für Hamburgische Geschichte (Holstenwall 24) stattfindet. **Wachsende Stadt – schrumpfender Park?** Diese Frage stellen sich die Referenten Kristina Sassenscheidt (Denkmalverein), Heino Grundert (Umweltbehörde), Dr. Jens Beck (Denkmalschutzamt) und Prof. Dr. Michael Göring (Zeit-Stiftung). Im Anschluss an die Vorträge ist ein Podiumsgespräch unter Leitung von Elinor Schues (Denkmalrat) vorgesehen.

Am **Donnerstag, den 21. September**, drei Tage vor der Bundestagswahl, soll noch einmal Flagge gezeigt werden gegen die zunehmend katastrophaler werdende Personalsituation in den Krankenhäusern. Und so lautet die Parole auch: **Profite pflegen keine Menschen**. Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus fordert zur massenhaften Teilnahme auf. Gestartet wird um 18.00 Uhr am Lohmühlenpark/ Ecke Lange Reihe, nahe der Asklepios-Klinik in St. Georg. Mehr unter www.pflegenotstand-hamburg.de.



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der GEW lädt am **Freitag, den 22. September**, ein zur Debatte über den G20-Gipfel, den polizeilichen Ausnahmezustand und die politische Aufarbeitung. **Gescheiterte Sicherheitsstrategie?** – darüber diskutieren Oliver von Dombrowski (stellvertretender Bundesvorsitzender von PolizeiGrün e.V.), Dr. Peter Ullrich (Institut für Protest und Bewegungsforschung an der FU Berlin) sowie Christiane Schneider (Linksfraktion und Vizepräsidentin der Bürgerschaft)

Am **Samstag, den 30. September**, lädt der Zukunftsrat Hamburg zu seinem **Zukunftskongress 2017** ein, bei dem es vor allem um diese Frage geht: **Land unter und alle wohlauf?** Zwischen 10.00 und 18.00 Uhr werden in Vorträgen, Diskussionen und Workshops Themen rund um die Zukunft der Arbeit, des Konsums, der Mobilität und des Wohnens in der Elbmetropole erörtert. Tagungsort ist das Wälderhaus in Wilhelmsburg (Am Inselpark 19). Interessierte sollten beschleunigt ihre E-Mail schreiben an anmeldung@zukunftsrat.de. Infos gibt es unter www.zukunftsrat.de/fileadmin/Programm_Kongress_final_.pdf.

Um den neuen **Luftreinhalteplan** (LRP) geht es (wie bereits von Heike Sudmann auf S. 7 erläutert) am **Mittwoch, den 4. Oktober**, um 17.00 Uhr im Haus des Sports (Schäferkampsallee 1). An diesem späten Nachmittag findet die öffentliche **Anhörung des Umwelt- sowie des Verkehrsausschusses** des Hamburger LRP statt. Die anwesenden Expert_innen können gefragt werden, was doppelt wichtig ist, weil es ein Wortprotokoll geben wird, alle angesprochenen Aspekte also Eingang in die weitere Debatte bekommen.

Was hat G20 in Hamburg verändert? Die Frage wird sicherlich kontrovers auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am **Mittwoch, den 4. Oktober**, um 19.30 Uhr im Reimars-Saal (Trostbrücke 6) diskutiert.

Über **Gewaltexzesse und die Erschütterung des Vertrauens in die Wirksamkeit des staatlichen Gewaltmonopols** streiten an diesem Abend der Staats- und Verwaltungsjurist Prof. Dr. Hans Peter Bull, der Autor und Verleger Karl-Heinz Dellwo, der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Andreas Dressel sowie der Intendant des Thalia-Theaters, Joachim Lux. Moderiert wird das Ganze vom Spiegel-Redakteur Tobias Becker. Es wird um Anmeldung bis zum 27. September via Email an info@patriotische-gesellschaft.de gebeten.



Ein **Neues Netzwerk für globale Fragen** wird am **Donnerstag, den 5. Oktober**, gegründet. Tagungsort von 18.00 bis 21.00 Uhr ist die Fabrique im Gängeviertel (Valentinskamp 34 A, 4. Stock). Die InitiatorInnen kommen aus Zusammenschlüssen wie dem Verein Mobile Bildung e.V., dem Eine-Welt-Netzwerk und dem

Kirchlichen Entwicklungsdienst der Nordkirche. Mehr unter www.neuesnetzwerk.hamburg.

Die Patriotische Gesellschaft setzt ihre Diskussion zur weiteren Gestaltung der Hamburger Innenstadt (Motto »Altstadt für Alle!«) fort. Am **Samstag, den 7. Oktober**, wird von 10.00 bis 15.00 Uhr ins Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4-6) eingeladen, um unter dem Titel **Mut zur Stadt – Neue Ideen für Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Begegnung in Hamburgs Innenstadt** zu erörtern. Bereits am Vortag gibt es eine nicht-öffentliche Ideenwerkstatt, deren Ergebnisse an eben diesem 7. Oktober präsentiert werden. Es wird um Anmeldung gebeten: info@patriotische-gesellschaft.de.

Ebenfalls am **Samstag, den 7. Oktober**, rufen verschiedene Initiativen um das **Altonaer Manifest** zur **Fahrraddemo** auf. Es geht um »echte Bürgerbeteiligung – gegen die Willkür der Senats- und Bezirkspolitik«. Die Veranstalter_innen treten ein »für moderate, sozialverträgliche Bebauung – gegen Gentrifizierung und Verdichtungswahn«. Auf beispielhafte Fehlentwicklungen weisen u.a. die Anwohner_inneninitiativen »Bahrio 68« und »Otte60«, aber auch »Prellbock Altona«; das »Langenfelder Signal« und »Apfeltraum braucht Wurzelraum« hin. Die Demo startet um 14.00 Uhr am Spritzenplatz. Den Aufruf und mehr gibt's hier: <http://altonaer-manifest.de/termine.php#170906-fahrraddemo>.



Zahnloser Tiger? So ist eine Podiumsdiskussion der Patriotischen Gesellschaft überschrieben, die dem **Denkmalschutz im Spannungsfeld der Politik** gewidmet ist. Die Veranstaltung findet am **Donnerstag, den 12. Oktober**, um 19.00 Uhr im Haus der Patriot_innen (Trostbrücke 4-6) statt. Nach der Begrüßung durch Dr. Jörg Schilling (Arbeitskreis Denkmalschutz der Patriotischen Gesellschaft) und einer Einführung durch Elinor Schües (Denkmalrat) diskutieren die stadtentwicklungspolitischen SprecherInnen der Bürgerschaftsfraktionen miteinander: Olaf Duge (GRÜNE), Dirk Kienscherf (SPD), Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD), Jens Meyer (FDP), Dietrich Wersich (CDU) und Heike Sudmann (LINKE). Die Moderation obliegt Johann-Christian Kottmeier (Arbeitskreis Denkmalschutz) und Kristina Sassenscheidt (Denkmalverein).

Nachdem beim Tag des offenen Denkmals am 10. September rund 300 Personen der Schiller-Oper (Bei der Schilleroper 15) einen Besuch abgestattet haben, lädt die gleichnamige Initiative zu einer weiteren Veranstaltung vor Ort ein, um gegen den Abriss dieses Baudenkmals zu protestieren. Am **Sonntag, den 15. Oktober**, heißt es zwischen 15.00 und 18.00 Uhr nun: **Lasst es schillern! 2. Akt**. Mittels Vortrag, Kulturprogramm und Infos geht es auch um die Frage, warum es sich lohnt, Denkmäler zu erhalten, dafür werden Beispiele präsentiert, nicht nur aus Hamburg.



Hohe Hürden für die Aufklärung

Christiane Schneider über den G20-Sonderausschuss



Die Beimischung von Reizgasen bei WaWe-Einsätzen muss dokumentiert werden, aber die Polizei will Fragen dazu nicht beantworten (Foto: Christiane Schneider)

Am nächsten Donnerstag, 21. September, beginnt der Sonderausschuss »Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg« mit der Arbeit. Zwar soll, laut beschlossenen »Fahrplan«,¹ der Ausschuss im Prinzip das gesamte Geschehen rund um den G20-Gipfel aufarbeiten. Doch der Name des Ausschusses ist kein Versehen. Er steht dafür, dass das Interesse an der Aufklärung staatlichen und insbesondere polizeilichen Handelns bei der großen Mehrheit des Ausschusses schwach ausgeprägt ist. Und dass der Senat, statt sich seiner Verantwortung für das G20-Desaster zu stellen, mauert und verschweigt, wo und was er kann.

Ein Jahr soll der Ausschuss arbeiten. Schon bei der Konstituierung zeigte sich, was uns erwartet. Unsere Vorschläge zur Ergänzung des von den anderen vier Fraktionen getragenen Fahrplans wurden zwar nicht abgelehnt, aber auch nicht abgestimmt, sondern vertagt – also auf Eis gelegt. Ich habe nun nicht vor, das ganze vor uns liegende Jahr lang mit Klagen über einen mauernenden Senat und die Hinhaltetaktik im Sonderausschuss zu langweilen. Doch jetzt, zu Beginn der Arbeit, möchte ich doch einmal darüber informieren, welche Hürden einer kritischen, von der Verteidigung der Grund- und Bürgerrechte geleiteten Aufklärung in den Weg gestellt werden.

Wir haben seit Anfang Juli, seit dem Beginn der Proteste, 24 Kleine Anfragen zu G20² an den Senat gestellt, die ganz überwiegend von der Polizei zu beantworten waren. Und was erleben wir?

Die Polizei will nichts sehen ...

So war uns zum Beispiel bei Videos und Bildern von den Einsätzen aufgefallen, dass eingesetzte Polizistinnen und Polizisten verschiedene Uniformteile mit Kennzeichen aus unterschiedlichen Bundesländern trugen, etwa Hamburg und Sachsen. Oder SEK-Einsatzkräfte trugen verschiedenste nicht identifizierbare Abzeichen oder hatten ihre Abzeichen und Kennzeichnungen abgedeckt. Das macht ihre Identifizierung im Zweifelsfall praktisch unmöglich und erweitert so den »Handlungsspielraum« von Einsatzkräften jenseits des Legalen.

Die Antwort: Der Polizei lägen solche Erkenntnisse über die Nichtbeachtung von Regularien bzw. Verstößen gegen Bekleidungsvorschriften etc. nicht vor – und mit Hinweis darauf blieben unsere konkreten Fragen unbeantwortet. Was nicht sein darf, ist eben auch nicht (Drs. 21/10286).

¹ www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/59121/wortprotokoll-der-oeffentlichen-sitzung-des-sonderausschusses-gewalttaetige-ausschreitungen-rund-um-den-g20-gipfel-in-hamburg.pdf.

² Unsere Anfragen finden sich in der Parlamentsdatenbank der Bürgerschaft; man findet sie am besten unter »Formalkriterien« und dann unter »Schriftliche Kleine Anfragen« sowie den Namen Christiane Schneider oder Cansu Özdemir.

... nichts hören ...

Es gibt im Zusammenhang mit dem Einsatz von Wasserwerfern (WaWe) zahlreiche Berichte von Augenzeugen und Betroffenen über die typischen gesundheitlichen Beschwerden, die Reizstoffe auslösen. In der Sondersitzung des Innenausschusses am 19. Juli sagte Gesamteinsatzleiter Dudde auf die Frage nach Beimischung von Reizstoffen bei WaWe-Einsätzen: »Generell gilt die Linie, wir mischen keine Reizstoffe dem Wasser zu. Ob man das in allen Fällen, weil wir ja auch teilweise über Notfallsituationen reden, so gehalten hat, weiß ich nicht, das kann ich aber beim nächsten Mal mit Sicherheit konkret berichten.« Als wir acht (!) Wochen später nachfragten, will man, obwohl die Beimischung von Reizgas zwingend zu melden und aktenkundig zu machen ist, nichts wissen. »Für eine Beantwortung im Sinne der Fragestellung über das Mitführen von Reizstoffen auswärtiger WaWe wäre eine Abfrage bei sämtlichen beim G20-Gipfel eingesetzten auswärtigen WaWe-Besatzungen erforderlich, was in der für die Beantwortung einer Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich ist« (Drs. 21/10271). Das ist wirklich dreist.

... und nichts sagen

Auf sehr viele Fragen erhalten wir überhaupt keine Antwort. So haben wir in unserer dritten Kleinen Anfrage zu technischen Überwachungsmaßnahmen während des G20-Gipfels auf vier konkrete Nachfragen nicht eine einzige Antwort erhalten. Wir hatten z.B. aus einer vorhergehenden Antwort erfahren, dass die Polizei beim Amtsgericht Hamburg 38 Anträge auf Funkzellenabfrage gestellt hat. Auf die Nachfrage nun, wie vielen Anträgen das Amtsgericht Hamburg denn stattgegeben hat, gab es keine Antwort. Das würde den Untersuchungszweck gefährden! Aha? Mit dieser arroganten Abfertigung kritischer Fragen setzt sich die Polizei dem Verdacht aus, dass sie bei den von ihr durchgeführten Funkzellenabfragen nicht immer einen Gerichtsbeschluss vorweisen kann und also die rechtlichen Voraussetzungen nicht immer eingehalten hat (Drs. 21/10111).

Auch vor direkter Unwahrheit schreckt der Senat nicht zurück. So behauptete er z.B. in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP von Anfang August zum Entzug von Akkreditierungen beim G20-Gipfel, dass er keine Erkenntnisse darüber

habe, ob Geheimdienste Einfluss auf die Erstellung der Sperrliste genommen oder dazu beigetragen hätten. Nun erwiderte die Bundesregierung auf eine Anfrage unserer Bundestagsfraktion etwas ganz anderes. Wir fragten nach, und tatsächlich war das Landesamt für Verfassungsschutz seit Ende Mai in 65 Fällen angefragt worden und hat letztlich in (zugegebenen) fünf Fällen Informationen an das BKA weitergegeben. Auch in anderen Punkten – z.B. über die Beteiligung der Hamburger Polizei an den Eingriffen in die Pressefreiheit – stand

die Antwort des Senats auf die Anfrage der FDP in krassem Widerspruch zu dem, was die Bundesregierung in einer Anfrage unserer Bundestagsfraktion geantwortet hatte. Der Senat bestritt die Beteiligung, die Bundesregierung stellte sie detailliert dar (Drs. 21/10147).

Das alles ist kein gutes Zeichen. Das bisherige Verhalten der Senatsseite, insbesondere des Polizeiapparats, legt nahe, dass nicht nur verborgen und vertuscht wird, sondern dass es auf dieser Seite eben auch vieles gibt, das das Licht der Öffentlichkeit scheut. Wichtig ist also, dass das öffentliche Interesse an der Aufarbeitung nicht nachlässt, sich nicht einschläfern lässt, denn ohne den öffentlichen Druck werden wir im Sonderausschuss und mit unseren Anfragen nur wenig erreichen.

Wenn aber nicht aufgeklärt und kritisch verarbeitet wird, dann werden die ent-

scheidenden Ergebnisse des G20-Gipfels sein: die weitere Einschränkung von Grundrechten wie Versammlungs- und Pressefreiheit, ein Sprung in der Militarisierung der Polizei – auch unter Dehnung und Missachtung des Rechts – und eine neue Qualität der Repression, wie sich im Vorgehen gegen indymedia.linksunten, in den Drohungen gegen linke Projekte nicht nur in Hamburg, in den Plänen zur Verschärfung des Landfriedensbruchparagraphen und in den bisherigen harten Urteilen gegen G20-Gegner bereits zeigt.

Wir werden als Fraktion versuchen, die Aufarbeitung aktiv voranzutreiben, aber auch die drohenden Blockaden im Sonderausschuss so transparent wie möglich zu machen und so die öffentliche Kritik und den Widerstand gegen verhängnisvolle Entwicklungen zu unterstützen. Natürlich sind wir unsererseits für Hinweise, Fragestellungen etc., vor allem wenn sie mit Fakten untermauert sind, äußerst dankbar.

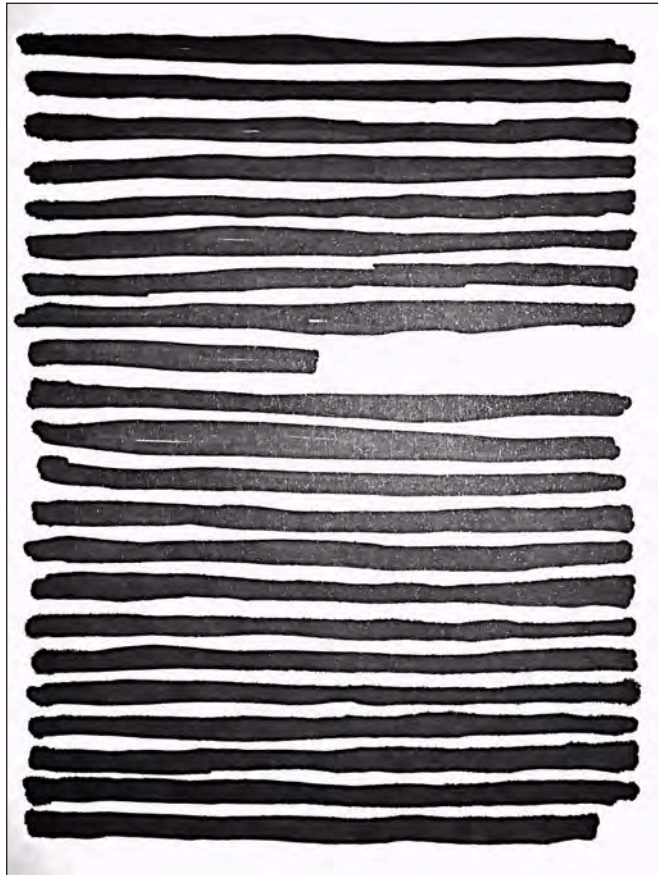


Abbildung: Erinnerungsskizze von Christiane Schneider nach Sichtung des Rahmenbefehls von Polizei-Einsatzleiter Dudde ...

»Und es wird immer noch schlimmer«

Surya Stülpe über die Abschiebepolitik des rot-grünen Senates



Foto aus dem Film »Deportation Class«

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz gab die Marschrichtung vor. Mehrfach hatte er in den vergangenen Jahren »schnellere Abschiebungen« und ein konsequenteres Vorgehen gegen abgelehnte Asylbewerber_innen gefordert. An der Aushandlung des Asylpakets II, das voller Restriktionen ist, war er maßgeblich beteiligt. Während Scholz viel mediale Aufmerksamkeit für seine markigen Worte bekam, wurde der Notruf der kirchlichen Flüchtlingsberatungsstelle »Fluchtpunkt e.V.« vom Juni dieses Jahres wenig beachtet. Gemeinsam mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein erklärte sie, an ihre Kapazitätsgrenze gekommen zu sein. Das Recht auf Beratung werde nur noch einem Teil der Geflüchteten gewährt; abgelehnte Asylbewerbende hätten oft Schwierigkeiten, eine rechtliche Vertretung zu finden. Massenhaft fehlerhafte Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge würden so nicht überprüft. »Derzeit schieben wir Menschen in Krisenstaaten ab, die nie eine wirkliche Chance hatten, ihren Schutzbedarf zu schildern«, heißt es in der Pressemitteilung. Die Auswirkungen dieser Kapazitätenkrise der Berater_innen und Jurist_innen schlagen sich in den Zahlen unserer Schriftlichen Anfragen nieder.

Die Zahl der Abschiebungen steigt seit Monaten massiv an

Im 2. Quartal 2017 überstieg die Zahl der Abschiebungen mit 149 zum zweiten Mal in Folge die Zahl der freiwilligen Ausreisen (138). Und das, obwohl die GRÜNEN in der Koalition jede bittere Pille, ob Ausreisegewahrsam oder Abschiebungen nach Afghanistan, mit dem Hinweis auf eine angebliche »politische Priorität der freiwilligen Ausreise« geschluckt hatten.

Zahlen über Abschiebungen von Kindern im schulpflichtigen Alter erfragen wir gesondert. Hier sinken die Zahlen seit Monaten: Während im ersten Halbjahr 2016 noch 101 Kinder abgeschoben wurden, waren es im ersten Halbjahr 2017 immerhin noch 26. Tragisch ist und bleibt jeder Einzelfall, wer-

den doch z.B. Bildungswege unterbrochen, wenn nicht sogar beendet. Die Zahlen zeigen auch: Der Anteil der abgeschobenen Kinder, die schon länger in Hamburg gelebt hatten, steigt. Von 28 im 2. Quartal 2017 abgeschobenen Kindern im schulpflichtigen Alter lebten 18 länger als zwei Jahre in Hamburg, eines wurde sogar in Hamburg geboren.

Rot-grüner Senat weitet Abschiebehaft massiv aus

Die Zahl der in Abschiebehaft-Genommenen stieg im 2. Quartal 2017 weiter. Während im ersten Halbjahr 2016 lediglich neun Menschen in Abschiebehaft genommen worden waren, stieg die Zahl im ersten Halbjahr 2017 auf 95, davon im zweiten Quartal 2017 alleine 53. Auffällig ist, dass vor allem junge Männer inhaftiert werden. So stellen die unter 25-Jährigen fast 50% der Inhaftierten.

Vor dem Hintergrund, dass Abschiebehaft nicht Straftäter_innen trifft, sondern lediglich der Sicherung der Ausreise dient, erstaunen solche Zahlen, denn Abschiebehaft darf grundsätzlich nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Die Zahlen legen aber nahe, dass die Ausländerbehörde sich nicht um mildere Mittel zur Sicherung der Ausreise bemüht und auch die Gerichte bei Haftanträgen nicht immer genau hinschauen. Dass 28% der Inhaftierten nicht abgeschoben wurden, sondern aus unterschiedlichen Gründen wieder freigelassen werden mussten, ist dabei besonders absurd. Da werden Menschen zur Sicherung der Abschiebungen in Haft genommen, ohne dass überhaupt sicher ist, dass ihre Abschiebung vollzogen werden kann.

Auch die Länge der Haft wird zunehmend ausgeweitet und übersteigt in einigen Fällen jedes Maß. So betrug die längste Haftdauer im 2. Quartal 2017 mittlerweile 85 Tage. 85 Tage Freiheitszentszug ohne Straftat! Und obwohl das Aufenthaltsgesetz klipp und klar normiert, dass die Haftzeit auf die kürzest mögliche Dauer zu beschränken ist. Den betroffenen Flüchtlingen werden nicht nur ihre Abschiebung, sondern auch die Kosten der Haft hinterher in Rechnung gestellt.

Deportation Class: Filmvorführung und Podiumsgespräch, Donnerstag, den 28. September, 20.00 Uhr:

Im Anschluss an die preisgekrönte Dokumentation **Deportation Class** mit Hauke Wendler (Regisseur) und Christiane Schneider (flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion) und Surya Stülpe (Moderation). Ort: Lichtmess-Kino, Gaußstraße 25, Eintritt zum Film 4 €, ermäßigt 1 €

Sie kommen in der Nacht, sie reißen Familien aus dem Schlaf und setzen sie in ein Flugzeug: Sogenannte Rückführungskommandos von Polizei und Ausländerbehörden haben im vergangenen Jahr 25.000 Asylbewerber aus Deutschland abgeschoben. Und jetzt im Wahlkampf fordert die Bundeskanzlerin bereits eine »nationale Kraftanstrengung«, um noch härter durchzugreifen. Doch was bedeutet eine Abschiebung eigentlich? Und was macht sie mit den Männern, Frauen und Kindern, die abgeschoben werden? »Deportation Class« zeichnet ein umfassendes Bild dieser staatlichen Zwangsmaßnahmen: Von der Planung einer Sammelabschiebung über den nächtlichen Großeinsatz in den Unterkünften der Asylbewerber bis zu ihrer Ankunft im Heimatland und der Frage, was die Menschen dort erwartet.

Erstmals hatten die Regisseure Carsten Rau und Hauke Wendler, die zu diesem Thema bereits den mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilm »Wadim« realisierten, die Möglichkeit, eine Sammelabschiebung zu filmen. Dabei wurden 200 Asylbewerber nach Albanien ausgeflogen: Bewegende, teils schockierende Bilder, die in Deutschland so noch nicht zu sehen waren.

Der Film zeichnet aber nicht nur ein präzises, nüchternes Bild dieser nächtlichen Abschiebungen. Er gibt auch denjenigen ein Gesicht, eine Stimme und damit ihre Würde zurück, die in den Fernsehnachrichten nicht zu Wort kommen: Menschen wie Gezim, der in Deutschland auf eine bessere Zukunft für seine Kinder hoffte und ohnmächtig zusehen muss, wie sein Traum zerplatzt. Oder die Familie von Elidor und Angjela, die vor der Blutrache flüchten musste und nach der Abschiebung in Albanien ins Bodenlose stürzt.

»Deportation Class« ist zweifellos so etwas wie das filmische Standardwerk zum Thema Asyl in Deutschland. In seinem direkten, reportagehaften Gestus ein klares Statement gegen den dahinter liegenden bürokratischen Wahn.« (Johannes Bluth, Spiegel Online)

Eine bewegende Berlin-Reise

Von Regina Anders und Thomas Spich



Jan van Aken und seine Gäste in einem Besucherraum des Bundestags, 8.9.2017 (Foto: M. Fisch)

Am 8. September versammelten sich 50 Personen im Hauptbahnhof Hamburg, um mit einem ICE der Deutschen Bahn nach Berlin zu fahren. Der Grund war eine Einladung des Abgeordneten Jan van Aken, DIE LINKE, der wir Folge leisteten.

Ein umfangreiches, ja dicht getaktetes Programm erwartete uns. Am Gleis des Hauptbahnhofs der Hauptstadt empfing uns Harald Steinhausen, ein vom Bundespresseamt bestellter Berlin-Ortskundiger und, wie sich rasch herausstellte, auch ein versierter Geschichtenerzähler, der mit profundem geschicht-

lichen Wissen aufwartete und uns damit das Eine und andere Mal in Erstaunen versetzte. Zu Beginn führte er uns per Bus durch Berlin-Mitte. Schwerpunkte seiner Ausführungen betrafen die Wohnungssituation in diesem Teil der Hauptstadt sowie Fragen der Obdachlosigkeit in Berlin, insbesondere aus der Sicht der Betroffenen. Hier schlug er einen großen Bogen von den Anfängen der Industrialisierung Berlins bis heute.

Nach dem Mittagessen passierten wir die Sicherheits-schleusen des Reichstags. Auf der Besucherempore des Plen-

arsaals folgten wir einem interessanten und kurzweiligen Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments, des Deutschen Bundestages. Unmittelbar danach trafen wir Jan van Aken zu einem Gespräch. Er hat bereits zwei Wahlperioden im Bundestag gearbeitet, ist Mitglied des Vorstands der Partei DIE LINKE und außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion sowie ausgewiesener Fachmann für Fragen der Abrüstung von Massenvernichtungswaffen. Jan van Aken kandidiert nicht erneut für ein Mandat des Deutschen Bundestags. Dies wurde von der »Reisegruppe« sehr bedauert.

Unser Gespräch mit Jan war – wie er bemerkte – sein letzter offizieller Termin, den er im Rahmen seines bestehenden Mandats wahrnahm. Die Themen, die im Gespräch berührt wurden, reichten von Einschätzungen der politischen Lage bis hin zu seiner persönlichen Befindlichkeit. So trat er dafür ein, die Dauer der Wahlmandate im Deutschen Bundestag auf acht Jahre zu begrenzen. Dadurch ließe sich verhindern, dass sich bestimmte Strukturen verfestigen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Abgeordneten sich durch ihre Arbeit nicht allzu weit von den Bedürfnissen ihrer Wähler_innen entfernten.

Nach einem Fototermin auf der Dachterrasse und der Besichtigung der Kuppel des Reichstags ging es zum Abendessen. Ausklingen ließen wir den Abend bei Gesprächen, in denen wir die Inhalte des Tages resümierten.

Der zweite Tag begann mit einer Diskussion mit Frau Katrin Lompscher, DIE LINKE, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen. Berlin wird durch einen rot-rot-grünen Senat regiert, in dem DIE LINKE drei Senator_innen stellt. Karin Lompscher referierte die Schwerpunkte ihrer Arbeit. Ein Ziel dabei ist es, die Höhe der Mieten jener Wohnungen, die in öffentlicher Hand sind, zu begrenzen, und wo es möglich ist, zu senken. Gleichzeitig soll die Zweckentfremdung von Wohnraum, beispielsweise durch Vermietung an zahlende Gäste, bekämpft werden. Hier fehlt es jedoch am gesetzlichen Instrumentarium, um erfolgreich sein zu können. Wir hatten Gelegenheit, die uns bewegenden Fragen zu den Themen in Sachen Wohnungssituation zu stellen. Und so entspann sich ein angeregtes Gespräch. Und wir waren natürlich hocherfreut, dass Mietsenkungen mit dem entsprechenden politischen Willen bereits durchgesetzt werden konnten.

Nach kurzer Pause setzten wir das Gespräch mit Dr. Andrej Holm fort. Der – parteilose – Stadtsoziologe fungiert als Berater des Senats in Wohnungsfragen. Er berichtete von bedenklichen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt. Während es noch vor wenigen Jahren möglich war, relativ schnell und kostenneutral die Wohnung in Berlin wechseln zu können, ist es heute eher die Regel, dass es zu einer deutlichen Erhöhung der Miete kommt, wenn Wohnungen neu vermietet werden. Dies könne leicht eine Verdoppelung des bisherigen Mietzinses betragen. Wohnungen in Privatbesitz werden luxussaniert, um die bisherigen Mieter zu vertreiben. Diese »Gentrifizierung« geht einher mit einer galoppierenden Entwicklung der Grundstückspreise im innerstädtischen Bereich. Hier wurden Parallelen zu der Situation in Hamburg sichtbar.

Ein Ziel der Politik der linken Senatorin für Stadtentwicklung ist es, die Rechte der Mieter_innen zu stärken, Mieterini-

tiativen nach Möglichkeit zu unterstützen sowie den im städtischen Besitz befindlichen Wohnungsbestand zu erhalten und auszuweiten. Nach sehr anregenden zweieinhalb Stunden ging es zum Mittagessen.

Danach fuhren wir mit dem Bus zur Gedenkstätte der Sozialisten auf dem städtischen Zentralfriedhof Friedrichsfelde. Herr Steinhausen erläuterte uns die Gestaltung des Denkmals und seine Geschichte. Vor allem aber sein Bericht über einzelne Protagonist_innen der Geschichte der sozialistischen Bewegung von den Anfängen bis kurz vor der Wende faszinierte und zog uns in seinen Bann. Wir betrachteten die Gedenktafeln und hörten die damit verbundenen Geschichten mit einigem Schauer. Vor allem die Geschichte über die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ließ wohl niemanden von uns unbewegt. Diese Geschichte ist wirkmächtig bis heute. Passenderweise regnete es. Wir legte kleine rote Rosen auf die verschiedenen Gedenktafeln, bevor wir diesen Ort der Geschichte verließen, der in jedem Jahr am 15. Januar, dem Tag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das Ziel eines Gedenkmarsches ist.

Nach einer kleinen Kaffeepause am Potsdamer Platz brachten uns der Bus zurück zum Hauptbahnhof der Hauptstadt. Von dort fuhr uns ein ICE der Deutschen Bahn flink nach Hamburg zurück.

Fazit: Es war eine sehr anregende und bewegende Reise, für deren Initiative wir Jan van Aken und seiner Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro, Frau Berit Köhler, die die meiste Arbeit mit uns hatte, herzlich danken. Unser Dank richtet sich auch an Heike Sudmann von der Fraktion der LINKEN in der Hamburger Bürgerschaft sowie an Michael Joho, die uns organisatorisch, fachlich-politisch und überaus herzlich unterstützten.



Gräber, die mahnen: auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichshagen, 9.9.2017 (Foto: M. Fisch)

Fragen aufwerfen statt Antworten liefern

Eindrücke der Berlin-Fahrt von Renée Pütke-Siegert



Senatorin Karin Lompscher und Heike Sudmann diskutieren mit den Reisenden über linke Wohnungspolitik (Foto: Michael Joho)

»Wenn ich doch weniger neugierig wäre!«, dachte ich genervt, als ich in meinem Terminkalender blättern feststellte, dass ich mir trotz knapper Freizeit ein Wochenende mit einer Tagung für »politisch Interessierte« in Berlin blockiert hatte. Politische Einsichten in der heißesten Phase des Wahlkampfs? Schon in sich ein Widerspruch!

Wie hatte es nur dazu kommen können? Vielleicht, weil die Einladung von Michael Joho an mich herangetragen worden war, den ich seit über zwei Jahrzehnten als immer Tätigen für soziale und gerechte Verhältnisse in meinem (ehemaligen) Stadtteil St. Georg und in Hamburg kenne.

Als ich wenige Tage später das Tagungsprogramm von Berit Köhler aus dem Wahlkreisbüro von MdB Jan van Aken las, ahnte ich, dass mir zwei inhaltlich abwechslungsreiche Tage zu spannenden sozialen, kulturhistorischen und politischen Themen in Berlin bevorstehen würden. Und so kam es, dass ich mich erwartungsfroh am Morgen des 8. Septembers mit etwa 49 weiteren »politisch Interessierten«, Berit Köhler, Heike Sudmann und Michael Joho sowie zwei geschmierten Broten im Handgepäck auf Gleis acht des Hamburger Hauptbahnhofs einfand. War das ein Hallo! Viele Mitreisende kannte ich aus St. Georger Stadtteilzusammenhängen, aus Geschichtswerkstatt, Schule, Kita, Chor und Versammlungen. Zum Kennenlernen der anderen, in Hamburger Stadtteilen Aktiven, würde während der kommenden zwei Tage noch Gelegenheit sein.

Bei unserer Ankunft am Berliner Hauptbahnhof wurden wir bereits von Stadtführer Harald Steinhausen erwartet, der, wie er später im Bus betonte, zwar über das Bundespresseamt zu buchen, aber Freiberufler und unabhängig sei. Mich beruhigte diese Anmerkung irgendwie und ich konnte mich fortan offenen Ohres und Blickes und weitgehend vorbehaltlos den überaus sachkundigen, inhaltlich neuen und sprachlich brillanten Ausführungen unseres, wie es im Ostjargon heißt, »Stadtbilderklärers« überlassen.

Unser erster Tagespunkt war eine Stadtrundfahrt mit Fokus auf Wohn- und Obdachlosigkeit. Eloquent streifte Harald die Geschichte Berlins vor den Kriegen –geografisch, gesellschaftlich und politisch. Wann und wo entstanden die ersten zentralen Anlaufstellen für wohnungslose Menschen und durch wen initiiert? Dann der Schwenk ins Berlin der Gegenwart. Ich lerne: Es gibt zunehmend auch »feuchte Einrichtungen« – also Anlaufstellen für suchtkranke Obdachlose. Ich erfahre auch, dass sich mancherorts seit Kaiserzeiten nicht viel geändert hat, so die noch geltende Regel, nur bis zu fünf Mal im Monat die Unterstützung einer karitativen Einrichtung wie eine Dusche, saubere Kleidung und Essen in Anspruch nehmen zu dürfen.

Harald erzählt von Hierarchien auf der Straße, Claims für Flaschensammler, die Sorge um »Bunker«, das bisschen Hab und Gut, das Wohnungslose tagsüber sicher verstecken müssen. Unser Stadtführer weiß viel zu diesem Thema – auch, weil sein Freund und heutiger Kollege Klaus, ein ehemaliger Luftwaffenoffizier, selbst das gesellschaftslose Leben auf der Straße gelebt hatte. Ich fühle mich unbehaglich, als ich realisiere, dass ich durch das Fenster unseres weißen Pressebusses nach Spuren von Obdachlosigkeit Ausschau halte.

Pünktlich um eins sitzt unsere stattliche Reisegruppe dann in der Wilhelmstraße zu Mittag zusammen. Mein Unbehagen ist zwar nicht verflogen, doch der anschließende Austausch und, ja, auch die warme Mahlzeit, haben ein spürbar stärkeres Gewicht bekommen.

Als nächster Tagesordnungspunkt steht ein Besuch des Deutschen Bundestags auf dem Programm. Mittlerweile schlendern wir in Kleingruppen, stellen einander vor und Fragen. Wir besichtigen den Plenarsaal, werden in einem Vortrag über Aufgaben und Arbeit des Parlaments aufgeklärt und treffen schließlich Jan van Aken – es ist sein letzter Tag als Abgeordneter für DIE LINKE in Berlin – ein Verlust für die Partei, das

denkt im Raum wohl jeder, wenngleich ihn die Gründe seiner Entscheidung für mich noch etwas »edler« machen.

Dieser erste Tag sowie der folgende, der mit einer anregenden und gehaltvollen Diskussion mit einer überaus kenntnisreichen und sympathischen Katrin Lompscher (Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen) begann und mit dem Besuch der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Städtischen Zentralfriedhof Friedrichsfelde endete, hat, anders als vermutet, nicht vor allem Antworten geliefert, sondern Fragen aufgeworfen. Fragen, zu denen ich auf dieser zweitägigen Reise in Gesellschaft von etwa 49 politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern in vielen Gesprächen, mit Humor und Klugheit, Lebenserfahrung und -hunger und Sinn für soziale Themen angeregt worden bin. Ein großartiges Wochenende, für das ich den Initiatoren und Initiatorinnen herzlich danke und mich freue, dass ich kein Deut weniger neugierig bin!

Anregungen und Fragen:

- »Blutsbrüder« von Haffner lesen
- Zusammenhang zwischen Obdachlosigkeit und Entlassenen aus Militärdienst
- Wie definiert sich »öffentlicher Raum« und wer bestimmt darüber?
- Wer setzt sich für obdachlose Frauen ein?
- Nati-Trati- (Nationale Traditions-) Architektur – Thema für Kunstunterricht
- Film »Paul und Paula« anschauen
- Biografie von Paul Singer lesen
- Was geschah mit Rosa Luxemburg?



Vor der RLS-Zentrale in Berlin (M. Joho)

Soziale Spaltung gefährdet die Demokratie



Pressekonferenz im Rathaus, 15.9. (Foto: DIE LINKE, Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft)

»Die soziale Spaltung Hamburgs wächst – und gefährdet zunehmend die Demokratie«, heißt es in einer Pressemitteilung der Linksfraktion vom 15. September, dem »Tag der Demokratie«. Hintergrund ist eine an diesem Tag vorgestellte Studie, die die beiden Sozialwissenschaftler Joachim Bischoff und Bernhard Müller im Auftrag der Fraktion in den vergangenen Monaten erarbeitet haben.

Die Haupteckdaten darin: Trotz Rekordbeschäftigung und deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit hat das Armutsrisiko von Haushalten mit Erwerbseinkommen zugenommen. Auch die Altersarmut ist in Hamburg deutlich gestiegen. Sieben Prozent der Hamburger Rentner_innen be-

ziehen finanzielle Grundsicherung, 2003 waren es noch rund drei Prozent. Dabei verteilt sich die Armut in der Hansestadt regional sehr unterschiedlich. Die Einkommen in Nienstedten, Othmarschen und Blankenese liegen im Schnitt um das Fünf- bis Achtfache über denen in Billstedt und Wilhelmsburg – genau den Stadtteilen mit deutlich geringerer Wahlbeteiligung.

»Trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und sprudelnder Steuereinnahmen sind mehr als 285.000 Menschen in Hamburg von Armut betroffen, darunter besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Erwerbslose«, kritisiert die sozialpolitische

Sprecherin und Fraktionsvorsitzende Cansu Özdemir. »Und je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtviertel, desto weniger Menschen gehen wählen. Es reicht nicht, nach jeder Wahl mangelnde Partizipation zu beklagen, dann aber an den Betroffenen vorbeizuregieren und im nächsten Wahlkampf plötzlich wieder die fehlende soziale Gerechtigkeit anzuprangern.«

»Wer arm ist, glaubt seltener daran, dass die eigene Stimme noch etwas zählt«, ergänzt Sabine Boeddinghaus, bildungspolitische Sprecherin und Fraktionsvorsitzende. »Wahlen werden zu einer immer exklusiveren Veranstaltung einkommensstärkerer Menschen. Armut ist antidemokratisch. Deshalb braucht Hamburg unbedingt eine gemeinsame Anti-Armutsstrategie des Senats und der Wohlfahrtsverbände.«



Die 122seitige Studie **Soziale Ungleichheit im Wohlstand – Reichtum und Armut in Hamburg** gibt's als gedruckte Broschüre und im Netz: www.linksfraktion-hamburg.de/2017/09/15/linke-stellt-neue-studie-vor-reichtum-und-armut-in-hamburg/.

Zehn Jahre nach der großen Krise

Von Joachim Bischoff

Noch ist offen, ob den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein der Verkauf der HSH Nordbank gelingt und was dieses jahrelange Drama die SteuerzahlerInnen letztlich kosten wird. Nach der Bundestagswahl müssen Bankmanagement und Politik endlich Licht ins Dunkel lassen. Mit Hochdruck wird an der Aufhübschung der Bücher gearbeitet, auf dass ein »Investor« den Sanierungsfall übernimmt.

Seit Jahresbeginn hat die Bank durch Verkäufe und Forderungsverzichte rund fünf Mrd. Euro Schiffskredite abgestoßen und damit – bei der Abbaubank – den Bestand von Schrottpapieren auf 17,2 Mrd. Euro reduziert. Bis Ende 2017 sollen nur noch 14 Mrd. Euro in den Büchern stehen. Offenes Geheimnis: Das Bankmanagement hofft auf zusätzliche Mittel von den politischen Landesinstitutionen, damit der Zielpunkt erreicht werden kann und die Bank noch einen Käufer findet.

Begonnen hat das Drama im Jahr 2007. Ein kurzer persönlicher Rückblick: Für mich war die HSH Nordbank schon im Bürgerschaftswahlkampf 2007/08 eine große politische Baustelle. Jede/r Bürger/in konnte wissen, dass die Finanzkrise seit Mitte des Jahres 2007 den Großteil der Bilanzen der Bankinstitute durcheinanderbrachte. Auch die Landesbanken in Deutschland waren tief in den Abwärtsstrudel verstrickt, der mit dem Platzen der Vermögensblase einsetzte. Immerhin waren in Sachsen schon ein Finanzminister und ein Ministerpräsident darüber im politischen Aus gelandet.

Im Rahmen des Wahlkampfes habe ich in den Fernsehdebatten den Finanzsenator Michael Freytag auf die Probleme angesprochen. Vor laufender Kamera pries der CDU-Politiker das Bankinstitut in den höchsten Tönen, obgleich aus der Wirtschaftspresse schon bekannt war, dass auch die HSH-Nordbank einen dreistelligen Millionenbetrag auf »toxische« Wert-

papiere abschreiben musste. Die Sendung war zu Ende und der Senator deutete an, dass man selbstverständlich nicht ohne Blessuren aus der globalen Finanzkrise herauskommen werde. Nach der Wahl, im Frühjahr 2008, musste der Wertberichtigungsbedarf laufend nach oben korrigiert werden. Bis heute.

Ein Rückblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff.

Es gibt kein exaktes Datum für den Ausbruch der Finanzkrise, die Amerika und die kapitalistische Welt in eine tiefe Systemkrise stürzen sollte. Bereits in den letzten Wochen des Winters 2007 mehrten sich die Zeichen, dass im bis dahin boomenden Markt für Häuserkredite etwas nicht stimmt. Die britische Bank HSBC erklärt Anfang Februar, dass sie für faule Hypothekarkredite in den USA fast 11 Mrd. Dollar zurücklegen muss. Immer mehr Hypothekenfinanzierer müssen Probleme einräumen. Im Zentrum: Subprime-Hypothekarkredite. Diese minderwertigen Hypotheken wurden an jene Kund_innen vergeben, die finanziell eher auf schwachen Füßen stehen. Später wird man sie auch als »Ninja«-Kredite bezeichnen. Das steht für »no income, no job, no assets«, also für eine Kundengruppe, die im Extremfall weder über Einkommen noch Jobs oder Vermögen verfügt. Im Jahr 2006 gehörte ein Viertel der vergebenen Kredite diesem Segment an. In den nachfolgenden Monaten 2007 sehen wir erst in den USA und dann in anderen Hauptländern eine Konkurswelle.

Korrekturen von Wert/Preis-Verhältnissen sind mit Lawinen vergleichbar. Lange häuft sich der Schnee am Berghang an. Irgendwann kommt eine kleine Menge ins Rutschen und löst eine Lawine aus, die sich nicht mehr stoppen lässt. Bestes Beispiele dafür, dass Blasen nicht langsam platzen können, ist die Subprime-Krise.

Der Auslöser der Finanzkrise waren Übertreibungen am US-Hypothekarmarkt. Aber der Markt lief, und was konnte in Europa schon passieren, wenn US-Hypothekarkreditbanken zu gierig wurden? Übersehen wurde, dass sich diese Ramsch-Hypotheken bereits in die Depots von Banken und deren Kund_innen weltweit verteilt hatten. Ein Kursrutsch bei Hypothekar-Papieren war das erwartete »normale« Ereignis. Aber er führt an einer anderen Stelle, etwa bei Krediten, ebenfalls zu einem Rückgang – und dieser ließ wiederum weitere Preise abstürzen, wie etwa jene von Aktien. Schließlich erreichte die Lawine den Alltagskonsum und die Produktion.

Es ist den Zentralbanken, angeführt von der US-Notenbank Fed, seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 gelungen, durch beispiellose Zinssenkungen und durch eine markante Ausdehnung der Zentralbankgeldmenge eine Weltwirtschaftskrise wie in den 1930er Jahren zu verhindern. Danach wurden die Sicherheitsstandards im Banken- und Kreditsystem verschärft.

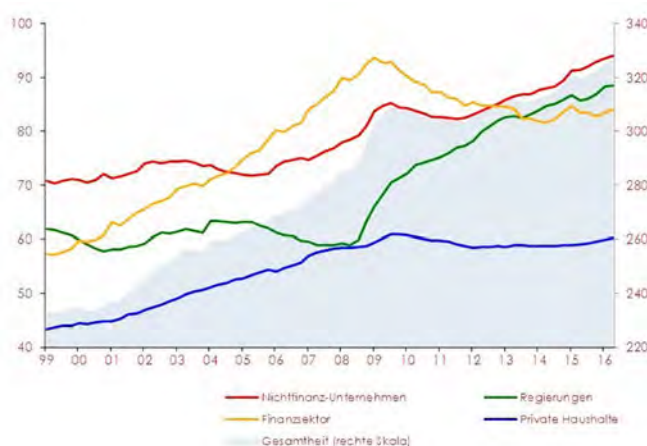
Gleichzeitig schleppt sich das negative oder schwache Wirtschaftswachstum nun aber schon seit neun Jahren dahin, was die Tragfähigkeit der Pensionskassen bedroht, die Ersparnisse besonders von Bezieher_innen niedrigerer und mittlerer Einkommen erodiert, eine Sanierung des Banken-

systems erschwert und zu fragwürdigen Übertreibungen bei Aktienkursen und Preisen von Immobilien und Kunstwerken führt. Nicht ausgeschlossen werden können zudem auch Fehlinvestitionen im Produktionsbereich, wegen der tiefen Zinsen.

Die negativen Folgen dieser Geldpolitik sind heute traurige Realität. Was könnte deshalb aktuell noch getan werden, um diese Fehlentwicklungen zu stoppen? Es müsste über öffentliche Investitionsprogramme für eine Stabilisierung des Wirtschaftswachstums gesorgt werden. Durch steuerliche Maßnahmen könnte man den Fehlentwicklungen in den Verteilungsverhältnissen entgegenarbeiten. Und dann ließen sich die Zinsen allmählich erhöhen und anschließend Schritt für Schritt auf ein »normales« Niveau von rund 4% zurückführen. Dieser Eingriff in die Akkumulation müsste anschließend durch weitere Maßnahmen abgerundet und verstetigt werden.

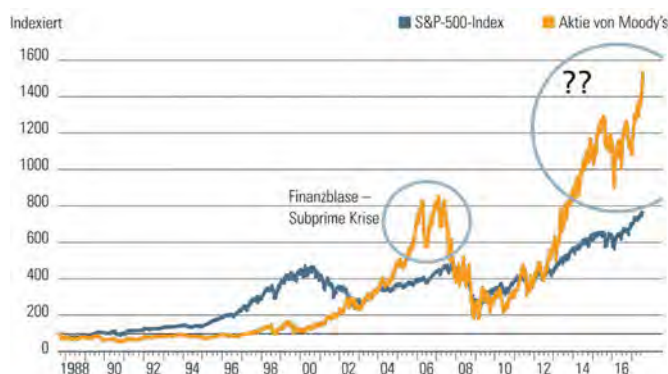
Heute, zehn Jahre später, haben die US-Ökonomie und die Globalwirtschaft die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise keineswegs überwunden. Finanzkrisen sind auch künftig nicht ausgeschlossen. Gleichwohl: Ein überhitzter Immobilienmarkt mit einem entsprechend überhitzten Hypothekenmarkt oder die steigenden Auto-Subprime-Kredite jedenfalls dürften als Ursache für die nächste Krise vorerst auszuschließen sein. Generell schleppen die Amerikaner_innen heute eine geringere Schuldenlast mit sich herum als damals. Zwar haben die privaten Schulden mit einem Volumen von 12.580 Mrd. Dollar schon fast wieder das Rekordhoch von 2008 erreicht und liegen um 13% über dem 2013 erreichten Tief. Doch relativ gesehen hat die Schuldenlast abgenommen. Die privaten Haushalte wenden nur rund 10% ihres Einkommens (nach Abzug von Steuern) für den Schuldendienst auf. Allfällige Korrekturen im seit Jahren boomenden Markt für Unternehmensanleihen oder am Aktienmarkt könnten schon eher zu volkswirtschaftlichen Verwerfungen führen. Aber: Das Gesamtsystem ist heute fragil, da das Verschuldungsniveau von Staaten und Unternehmen deutlich höher ist (Abbildung 1).

Abbildung 1: Schulden weltweit – in Industriestaaten und Schwellenländern in % des BIP



Quelle: IF Debt Monitor

Tiefe Zinsen, hohe Geldmengen und Wertpapierkäufe in großem Stil sollten die Effekte der Krise lindern und die Wirtschaft reanimieren. Tatsächlich aber haben diese Maßnahmen zunächst vor allem die spekulativen Reflexe der Finanzgemeinde wiederbelebt und erneut zu einem unglaublichen, bis heute anhaltenden Boom an den Börsen und Bondmärkten geführt. Wer wissen will, in welchem Zustand sich die Finanzmärkte gerade befinden, braucht nur einen Blick auf die Kursentwicklung der Aktien der großen Rating-Agenturen zu werfen. Sobald deren Kurse steigen, legen sie in der Regel deutlich stärker zu als der breite Markt – und das deutet auf opulente finanzielle Rahmenbedingungen und einen hohen Risikoappetit der Anleger hin (Abbildung 2). Das war auch vor der letzten großen Finanzkrise so.

Abbildung 2: Der Bond-Boom führt zum Höhenflug

Quelle: NZZ-Infografik

Karl Marx war in Hamburg!

Ein Gespräch mit Jürgen Bönig



Was hatte Marx mit Hamburg zu tun? Antworten von Jürgen Bönig, Siri Keil und Norbert Hackbusch im Kaisersaal des Hamburger Rathauses, 7.9.2017 (M. Joho)

Nach der überfüllten Diskussionsveranstaltung am 7. September im Kaisersaal des Hamburger Rathauses hatte Michael Joho Gelegenheit, Jürgen Bönig, den Autor des neuen Buches »Karl Marx in Hamburg. Der Produktionsprozess des »Kapital« zu interviewen.

Michael Joho: Ist Hamburg für Karl Marx überhaupt wichtig gewesen außer durch die Veröffentlichung des »Kapital« vor 150 Jahren im Verlag Otto Meissner?

Jürgen Bönig: Das hat mich auch sehr überrascht, dass Marx tatsächlich nach Hamburg gereist ist, nicht nur beim Überbringen des Manuskripts des Kapital im April 1867, sondern insgesamt fünf Mal und das zu für ihn überaus wichtigen

Anlässen. Im Mai 1845 wollte er bei Julius Campe in Hamburg in der Schauenburgerstraße 59 seine Schrift »Die Heilige Familie« unterbringen und verabredete Artikel für den »Telegraph für Deutschland« im Verlag Hoffmann & Campe aus dem kommunistischen Korrespondenzbüro in Brüssel. Im Mai 1849 kam er nach Hamburg, um für die »Neue Rheinische Zeitung« Aktionäre zu gewinnen, kehrte nach Köln zurück und erfuhr seine Ausweisung, sodass die »Neue Rheinische« als letzte rote Sondernummer erscheinen musste. Dabei hat er in Hamburg Theodor Hagen persönlich kennengelernt, Mitglied des Bundes der Kommunisten, Komponist, Musikkritiker und Theatersekretär am Stadttheater Hamburg am Dammtor, der späteren Staatsoper, der Marx ermöglicht, dass 1850 eine Fortsetzung der »Neuen Rheinischen Zeitung«, die »Politisch-Ökonomische Revue« bei dem Musikalienhändler Schuberth & Co. in der Bergstraße 16 erscheinen konnte, die die Bilanz der Revolution und Konterrevolution nicht nur in Deutschland zieht.

1865 kam der Vertrag über »Das Kapital« mit Otto Meissner zustande, weil der Verleger unbedingt Friedrich Engels' Schrift »Die preußische Militärfrage und die Arbeiterpartei« veröffentlichen wollte. 1867, 1869 und 1874 begab sich Marx in die stark wachsende Stadt an der Elbe mit ca. 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, weil er seinen Verleger besuchen wollte (in der Bergstraße 26), um das Manuskript des Ersten Bandes des Kapitals abzuliefern und die Veröffentlichung weiterer Bücher zu besprechen.

Hat Hamburg bei der Ausarbeitung der ökonomischen Theorie von Marx und Engels eine Rolle gespielt?

Zu meinem Erstaunen begann Marx sich intensiver mit der Ökonomie zu beschäftigen, als die schlesischen Weber im Juni 1844 einen Aufstand machten. Heinrich Heine schrieb dazu das Gedicht »Die armen Weber«, das einen Monat nach der Niederschlagung dieser Rebellion gegen die Verarmung im »Vorwärts! Pariser Deutsche Zeitschrift« unter der Redaktion von Marx erschien. Auch »Deutschland. Ein Wintermärchen« kam in dieser Zeitschrift in Fortsetzungen heraus und Heine hatte auch für die »Deutsch-Französischen Jahrbücher« ein schön beleidigendes Gedicht über Ludwig von Bayern geschrieben.

Die Frage, was die Betroffenen beim Einsatz neuer Maschinen tun sollten, stellten sich Marx und Engels nach der Niederschlagung des Aufruhrs der schlesischen Weber, die Opfer der industriellen Revolution wurden, die sie hervorgebracht hatte. Sie hatten die Landwirtschaft aufgegeben und webten im Verlagssystem Tuche, weil die Spinnmaschinen in England dauerhaft, zuverlässig und billig Garn lieferten, und waren plötzlich mit billigen Stoffen konfrontiert, die auf neuen Webmaschinen entstanden. Hoffmann & Campe, der Verlag, in dem Heinrich Heine seine Texte veröffentlichte und der die Weber unterstützte, war deshalb Ziel des ersten Besuches von Marx in Hamburg und bereits zu diesem Zeitpunkt lebte der künftige Verleger des »Kapital« Otto Meissner seit 1842 in Hamburg.



Verlag Otto Meissner, Bergstraße 26, von 1884 bis 1889 (aus Bönig, Marx in Hamburg)

Gab es politische Gründe, warum Marx so häufig nach Hamburg kam?

Ja, mir scheint, dass Marx so oft zu wichtigen Anlässen nach Hamburg kam, weil hier seit 1838 die erste und einzige Gruppe des »Bundes der Gerechten« auf dem Kontinent bestand, die auf Rat von Wilhelm Weitling einen »Bildungsverein für Arbeiter« gegründet hatte. Seit 1844 agierte dieser Verein unter dem Dach der »Patriotischen Gesellschaft« und hatte bis zu 1.000 Mitglieder. 1847 allerdings, als der Bund umbenannt werden sollte in Bund der Kommunisten und das von Engels und Marx ausgearbeitete Programm annehmen sollte, das Kommunistische Manifest, blieb die Mehrheit in Hamburg auf der Position von Weitling.

Ist dieser Bildungsverein denn überhaupt politisch nach außen aufgetreten?

Sehr deutlich und wirksam – und auch das wusste ich vor einem Jahr noch nicht. 1859, zum 100. Geburtstag von Friedrich Schiller, fanden überall Feiern statt und in Hamburg zogen 10.000 Teilnehmer des Festzuges am 13. November durch die Stadt zum Heiligengeistfeld für Pressefreiheit, Gedankenfreiheit und die Republik – darunter 1.000 Mitglieder des Bildungsvereins für Arbeiter – dahinter 500 Turner, die »Soldaten« der Republik. Und das bei 200.000 Einwohnern Hamburgs im Jahre 1866. Otto Meissner organisierte die Abteilung der Buchhändler, veröffentlichte die ausführlichste Dokumentation dieser Schillerfeier und war von da an anerkannter Mitglied des reformorientierten Flügels der Hamburger Gesellschaft.

War Otto Meissner nur ein geschäftstüchtiger Verleger oder auch ein politischer Mensch?

Aus den bisherigen Darstellungen hatte ich den Eindruck, Marx sei an Meissner nur deshalb gekommen, weil der ein Geschäft witterte in seinem auf Wissenschaft angelegten Ver-



»Das Kapital« in Hamburg?

Zur »Karl-Marx-Stadt Hamburg« (Hamburger Abendblatt vom 6.9.2017) gehört natürlich auch das soeben erschienene Buch von Jürgen Bönig! Der Autor führt zu wichtigen Schauplätzen und Personen, an und mit denen Marx sich bei seinen fünf Aufenthalten in Hamburg bewegt hat.

184 Seiten, Festeinband, viele Fotos und historische Abbildungen, durchgängig vierfarbig | EUR 19.80 | ISBN 978-3-89965-751-7

Erhältlich im Buchhandel und unter info@vsa-verlag.de
Infos/Leseprobe: www.vsa-verlag.de

lagsprogramm. Aber wenn man den Weg von Otto Meissner verfolgt und betrachtet, was er veröffentlichte, ergibt sich das Bild eines fortwährend gegen die Zensur und für fortschrittliche Politik agierenden Verlegers. Seit 1842, als er nach Aufhebung des Publikationsverbotes als Buchhändler zu Julius Campe kam, und seit 1848, als Meissner mit Georg Schirges, der Seele des Bildungsvereins für Arbeiter, einen selbständigen Verlag gründete, veröffentlichte er republikanische Bücher, sorgte für Aufklärung über die politischen Zustände und publizierte all das verbotene Zeug, das die Hamburger Bürger sich leisten wollten. Nach dem Verbot seiner sozialistischen Wochenschrift »Das Jahrhundert« 1859 ließ er in den »Demokratischen Studien« alle zeitgenössischen sozialistischen Autoren zu Wort kommen – Lassalle, Proudhon, Feuerbach – und hatte Verbindung zu den wichtigsten Reformern. Er beteiligte sich an der Debatte um die staatliche Volksbildung in Hamburg, veröffentlichte das wichtigste Lehrmittel dazu, die Schreib- und Lesebibel von Gurcke mit Zeichnungen von Otto Speckter, und beschäftigte sich sehr mit der Frage, was die für eine Republik geeignete Form der Armee sein konnte.

War Otto Meissner ein marginaler Hinterhofverleger, als er »Das Kapital« veröffentlichte?

Nein, im Gegenteil, anerkannter als Otto Meissner konnte kein Verleger sein, als er den Vertrag mit Marx über »Das Kapital« schloss und alle Bände dieses Hauptwerkes in seinem Verlag herausgab. Er hatte den Verein der Buchhändler gegründet und 1859 auch den Architektenverein, der u.a. durch Martin Haller großen Einfluss auf die Stadtentwicklung nahm. 1868, ein Jahr, nachdem »Das Kapital« herausgekommen war, veranstaltete diese Architektengruppe die Wanderversammlung der deutschen Architekten mit einem großen Fest auf der Alster und Otto Meissner redigierte die Begleitpublikation. In »Hamburg Historisch-topographische Mittheilungen« wurde in einer Anzeige für »Das Kapital« geworben – zwischen Schriften von Feuerbach und Proudhon.

Du hast auch darauf hingewiesen, dass Marx mit dem Hamburger Rathaus etwas zu tun hatte?

Meissner hat nicht nur »Das Kapital« verlegt, sondern auch die zweite wichtige politische Schrift nach dem Manifest, »Der

18. Brumaire des Louis Bonaparte« 1869 in Europa zugänglich gemacht – die erste Ausgabe erschien in einer Zeitschrift in New York. In diesem Text über den Neffen von Napoleon Bonaparte, den das französische Bürgertum aus Angst vor den Arbeitern zum Kaiser und Diktator machte, heißt es: In unsicheren Zeiten greifen die Handelnden zu Kostümen der Vergangenheit, um sich ihrer Rolle zu versichern. Die Architektengruppe um Martin Haller wollte nun für das seit dem Brand von Hamburg 1842 geplante neue Rathaus einen Bau der Neo-Renaissance und keine neugotische Burg. In diesem Dogenpalast sollten sich Parlament (Bürgerschaft) und Regierung (Senat) auch räumlich gleichberechtigt gegenüberstehen. Weil Otto Meissner für diese Idee mit den anderen Rathausbaumeistern von 1871 bis 1876 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt wurde, ist es wahrscheinlich, dass er Marx bei seinen Besuchen 1867, 1869 und 1874 beim Gang zum Verlagsgebäude in der Bergstraße über den Rathausmarkt, den noch kein Rathaus zierte, gefragt hat, was der begabte Metaphoriker Marx vom Entwurf des Rathauses hielt.

Warum wurden Karl Marx und Otto Meissner und ihre Rolle für Hamburg so vergessen?

Nach der Reichseinigung 1871, die nicht durch den Zusammenschluss von Republiken zustande kam, sondern durch drei Kriege, die der preußische Bonaparte Bismarck ohne Parlamentsbeschluss führte, haben die Hamburger Kaufleute, die als Überseehafen von der industriellen Entwicklung des Deutschen Reiches sehr stark profitierten, ihre republikanischen Jugendträume vergessen machen wollen. Dabei böte das Hamburger Bürgermilitär, das in den sogenannten Befreiungskriegen 1814 entstanden ist und das 1867/68 aufgelöst und durch das 76. Preußische Infanterieregiment ersetzt worden ist, durchaus Anknüpfungspunkte für eine friedliche und republikanische Tradition. Mit dem Bürgermilitär, dessen Offiziere aus den Reihen der Hamburger Bürger kamen und das vielleicht eine Sonntagstruppe gewesen ist, hätte man anders als mit dem stehenden Heer Preußens, in dem adlige Offiziere Bauernsöhne führten, keine zwei Weltkriege anfangen können.

Kulturtipp: Hamburg & St. Petersburg



links: aus dem Film »Brüder« von 1929, rechts: Spielfilmplakat von 1929 auf dem Flyer von Landeszentrale und Nord-Ost-Institut Hamburg

Die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiter_innenbewegung ist in den letzten Jahren nicht eben hoch im Kurs, doch die Jubiläen – im Jahr 2017: 150 Jahre Herausgabe des Ersten Bandes des »Kapitals« und 100 Jahre Oktoberrevolution, im Jahr 2018: 200. Geburtstag von Karl Marx und 100 Jahre Novemberrevolution – sorgen für einen spürbaren Auftrieb. Im letzten »BürgerInnenbrief« ging es um eine ganze Reihe von Terminen um Marx, dieses Mal seien vor allem drei Veranstaltungen zur Geschichte der Arbeiter_innenbewegung empfohlen.

Da ist zum einen die **Vorführung des legendären Films »Brüder«** am Mittwoch, den 20. September, um 17.00 Uhr im kleinen, aber feinen Hamburger Genossenschafts-Museum im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60, Ebene 11). Der knapp anderthalbstündige Stummfilm ist 1929 von Werner Hochbaum gedreht worden und schildert in eindrucksvollen Schwarz-Weiß-Szenen die Atmosphäre rund um den Hamburger Hafenarbeiterstreik 1896/97. Das Werk ist tatsächlich nur mit LaiendarstellerInnen zustande gekommen. Dr. Burchard Bösche, Leiter des Museums, führt in den Film und seine historischen Bezüge ein. Weitere Stummfilme aus den genossenschaftlichen Konsum-Betrieben der 1920er Jahre zeigt das

Museum übrigens am 11. und 12. Oktober, jeweils von 17.00 bis 18.00 Uhr. Der Eintritt ist bei allen Vorführungen frei.

An die **Revolutionen von 1917 und 1918** erinnert eine Veranstaltungsreihe der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und des Nordost-Instituts Lüneburg. Gestartet wird am Mittwoch, den 20. September, um 18.00 Uhr im Tschairowsky-Saal (Tschairowskyplatz 2): An diesem Abend referiert Prof. em. Helmut Altrichter Universität Erlangen-Nürnberg) über Die Russische Revolution 1917-1921 und geht dabei besonders auf die Akteure, Phasen und Erinnerungskulturen ein. Neben weiteren Veranstaltungen in Lüneburg geht es am gleichen Ort in Hamburg am Donnerstag, den 12. Oktober, ebenfalls um 18.00 Uhr um »Die Oktoberrevolution an der Peripherie«, ein Blick vom Balkan bis in den Kaukasus ist das Thema. Den Vortrag hält Dr. Jan Claas Behrendt (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam).

Nach den Veranstaltungen im Oktober, die sich mit der Russischen Revolution 1917ff. beschäftigen, geht es Anfang November mit der **Revolution 1918/19 in Deutschland** weiter. Das Gesamtprogramm findet sich hier: www.hamburg.de/politische-bildung/veranstaltungen/9454296/20-9-2017-oktoberrevolution/.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.